

Lesermeinung

Die unter dieser Rubrik veröffentlichten Leserbriefe müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen. Sie behält sich aus technischen Gründen das Recht auf Kürzungen vor.

Leiden unter dem Verkehrswahn

Zur Verkehrsbelastung in Fröndenberg erreichte uns folgender Leserbrief:

Als Anwohner der Westicker Straße kann ich die Wünsche der Fröndenberger Bürger auf eine Stadt, in der der Mensch im Vordergrund steht, gut verstehen. Warum müssen wir uns dem Kfz-Verkehr unterwerfen? Es geht doch nicht um Begehrlichkeiten, es sollte doch wohl selbstverständlich senden, dass alte Menschen und Kinder gut und sicher über eine Straße gehen können.

Dass Verkehrslärm und die damit verbundenen Immissionen gesundheitsschädlich sind, sollte doch von Niemandem mehr angezweifelt werden.

Nach dem Lärmaktionsplan, aufgestellt von der EU zum Schutz der Bürger vor Verkehrslärm und Immissionen, der 2002 in Kraft trat, der von der BRD und den Ländern unterzeichnet wurde, haben alle Städte die Pflicht, ihre Bürger gegen Verkehrslärm und Abgase zu schützen.

Er beinhaltet als Lärm-schutzmaßnahme je nach Problem: Flüsterasphalt, Fahrverbote für Lkw, Geschwindigkeitsreduzierungen, desweiteren können für den passiven Schallschutz Zuschüsse für Schallschutz-Fenster beantragt werden.

Auch die Anwohner der Westicker Straße fordern Tempo 30 für ihre Straße. Hier werden Geschwindig-

keitsrekorde gebrochen, rappende und scheppernde Lkw, die über abgesengte Gullideckel holpern und die Gläser im Schrank klirren lassen.

Ein Tiefbauamt, das die Dringlichkeit der Anhebung der Gullideckel verneint, ist doch nicht so schlimm, kein Handlungsbedarf.

Wann kommt der EU-Beschluss endlich bei den Mitarbeitern der Stadt an?

Wir Bürger sind keine Feinde der Stadt, wir möchten gerne eine lebenswerte Stadt.

Wie lange müssen wir noch unter diesem Verkehrswahnsinn leiden? Bitte setzen Sie endlich diese Richtlinie um.

Manfred Poschadel

Grundsteuer B und das Schürenfeld

Zu unserer Berichterstattung über die geplante Anhebung der Grundsteuer B erreichte uns dieses Schreiben:

Die Erhöhung der Grundsteuer B um 72 Prozent sowie die Erhöhung der Hundesteuer darf nicht die Lösung für die desolante Finanzlage der Stadt sein. Die Alternative eines Neuanfanges bietet dagegen der Nothaushalt. Die Aussage des Kämmerers Herrn Freck, dann würde in Fröndenberg gar nichts mehr passieren, ist definitiv falsch. Denn selbstverständlich werden Leistungen erbracht (siehe Paragraf 82 GO NRW), lediglich freiwillige Ausgaben würden gestrichen (zum Beispiel Geranien zur Stadt-

verschönerung).

Sollte die Stadt Fröndenberg den oben genannten Weg einschlagen, stände sie im Gegenzug zu manchen anderen Städten mit guter Steuerbewertung da und wäre für den Zuzug von Auswärtigen attraktiv. Hier gehen andere Städte - siehe Holzwickede - mit gutem Beispiel voran, indem Gebühren sogar gesenkt werden.

Das zurzeit geplante Vorgehen der Stadt, sich durch das Schürenfeld mit mehreren Millionen zusätzlich zu verschulden, widerspricht jeder Logik. Es sollte nicht vergessen werden, dass dazu noch Kosten in Höhe von 120.000 bis 160.000 Euro durch die archäologischen Funde zu schultern sind. Kein vernünftiges Wirtschaftsunternehmen und kein Privathaushalt würde in so einer Situation in dieses Millionengrab investieren, es sei denn, das dort Gold- oder Ölfunde zu erwarten wären.

Die Bürger der Stadt werden an der Rückzahlung dieser Millionenschulden noch zahlen, während die dafür verantwortlichen Kommunalpolitiker bereits berentet sind.

Doris Ballandat

Politik feilscht um Grundsteuer

Zu unserer Berichterstattung über die geplante Anhebung der Grundsteuer B erhielten wir folgende Zuschrift:

Man kann die Bedenken von Herrn Ziegenbein und

vielleicht auch von anderen Ratsmitgliedern nachvollziehen, „später wie die Sau durchs Dorf getrieben werden“. Sie geben mit der Zustimmung zum Haushaltskonzept ihren Segen zu allen Sparmaßnahmen und Steuererhöhungen und sind dann im Ort der erste Ansprechpartner für die Wähler.

Dies morgen müssen sich ein Bürgermeister und ein Kämmerer nicht machen, die nach Feierabend als „Pendler“ zu ihrem Heim in Nachbarstädte fahren, die nicht einmal im Kreis Unna liegen. Dort ist man weit weg von allem Geschehen, wird nicht auf der Straße mit den Sorgen „seiner“ Bürger konfrontiert und ist auch persönlich nicht von den Steuererhöhungen und den Sparmaßnahmen betroffen.

Durch die Erhöhung der Grundsteuer B finanzieren die Fröndenberger auch erst einmal den Kauf (2,3 Millionen Euro 2016 und 1,62 Millionen 2017) des Schürenfeldes mit. Das ist sich wirklich nach einigen Jahren rentiert, ist fraglich; viele Gründe sprechen dagegen und eine schlüssige Wirtschaftlichkeitsrechnung wurde nie veröffentlicht.

Wahrscheinlich sind dann aber die Entscheidungsträger nicht mehr im Amt, und wir Fröndenberger müssen die Konsequenzen aus der Fehlplanung tragen.

Wo sind die Unternehmen, die sich am Schürenfeld ansiedeln wollen? Bitte melden Sie sich doch auch einmal und sagen, warum das Schürenfeld für Sie als Firmensitz interessant ist. Seit

dem Sommer spricht ein großes Plakat mögliche Investoren an, bis jetzt hat sich noch niemand gemeldet!

Unternehmen, die innerhalb Fröndenbergs umsiedeln, bringen keine neuen Arbeitsplätze und zahlen auch keine zusätzliche Gewerbesteuer, sondern bringen zusätzliche Leerstände an anderer Stelle. Werden wirklich Firmen aus dem Raum Dortmund oder Unna gerade nach Fröndenberg umsiedeln, wo doch bei den vielen anderen Gewerbegebieten im Kreis Unna oder Dortmund eine viel günstigere Verkehrsanbindung gegeben ist und die Erschließungskosten vergleichbar oder sogar günstiger sind?

Wir Fröndenberger müssen sparen, das ist wohl klar und wohl auch eine Erhöhung der Grundsteuer B in Kauf nehmen, die aber hoffentlich deutlich unter 775 Punkten liegt.

Umso mehr sollten alle Spar-Möglichkeiten geprüft und nur nachhaltige Investitionen getätigt werden, von denen auch die nächste Generation profitieren kann, damit diese nicht eine Schuldenlast mittragen muss, die sie nicht verantwortet hat.

Andrea Zarse

Ausgaben anpassen

Zur Stellungnahme des SPD-Stadverbandsvorsitzenden Martin Streich erreichte uns folgendes Schreiben:

Die SPD scheint ihr Augen-

maß wieder zu finden, denn laut Herrn Martin Streich möchte gerade die SPD keine Steuererhöhung, da jetzt alle Parteien keine möchten, bleiben also alle Steuersätze wie gehabt, Danke!

Ein kleiner Tipp: Sie brauchen nur die Ausgaben den Einnahmen anpassen. Ich würde sagen: Kämpft für unsere Stadt, lasst sie uns nicht ruinieren, wir dürfen uns wehren.

Lasst uns die Chance nutzen, fangt an, es ist nicht zu spät.

Gemeinsam bringen wir Fröndenberg ohne Steuererhöhung wieder nach vorn.

Peter Janzen

Vermisse einen Business-Plan

Ebenfalls zur verfahrenen Finanzsituation und zum geplanten Gewerbegebiet Schürenfeld erreichte uns diese Lesermeinung:

Langsam kann man die verfahrenen Themen Schürenfeld und Fröndenberger Haushalt nicht mehr ertragen. Was ich vonseiten der Stadt bis zum heutigen Tag vermisse, ist ein ordentlicher Business-Plan zum Schürenfeld, der den komplex zu errechnenden Return on Investment (ROI) ausweist und Aufschluss über die eingesetzte Kapitalrentabilität gibt.

Es grenzt schon an sträflichen Leichtsinns, von einer 100-prozentigen Refinanzierung bei dieser potenziellen Gewerbegebietslage auszugehen, da Investoren wohl

noch nicht in Sicht sind. Es steht also zu befürchten, dass die Stadt auf teuer erworbenen Grundstücken sitzenbleibt, die mit einer Globalgrundschuld von circa 2,2 Millionen Euro zusätzlich laufender Zinsen belastet sind und bleiben.

Selbst bei Laufzeitstreckung entsteht hier ein neuer Schuldenberg, den künftige Generationen mit steigenden Steuerabgaben abzutragen versuchen.

Man versucht offensichtlich, bestehende Schulden mit einer Art Umschuldung ohne klaren ROI zu minimieren.

Das ist schon bei vielen anderen Gemeinden fehlgeschlagen, deren Finanzgebaren dann zu einem Fall für den Rechnungshof wurde. Und dieser stellt bekanntlich als Erstes die Haftungsfrage.

Die Stadtverwaltung und die Kommunalpolitik sind mit Sicherheit mit einem Business-Reengineering auf struktureller Ebene besser beraten.

Was die Gewerbeentwicklung angeht, gibt es Gewerbearten wie das Gesundheitsgewerbe, die laut Bauordnung NRW auch in reinen Wohngebieten betrieben werden dürfen. Wenn man sich den steigenden Personalbedarf gerade in der Pflege ansieht, stehen hier möglicherweise Pflegedienste vor den Toren Fröndenbergs, die reichlich Arbeitsplätze „im Gepäck“ haben.

Man sollte sich seitens der Politik Neues ausdenken, anstatt auf ausgetretenen Pfaden stecken zu bleiben.

Manfred Heinz-Tegen